

13. Wahlperiode

**Beschlussempfehlungen und Berichte
der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen
und von Abgeordneten**

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses	
1. Zu dem Antrag der Abg. Michael Theurer u. a. FDP/DVP und der Stellungnahme des Staatsministeriums – Drucksache 13/2262 – Eurodistrikt Straßburg/Kehl	3
Beschlussempfehlungen des Finanzausschusses	
2. Zu dem Antrag der Abg. Beate Fauser u. a. FDP/DVP und der Stellungnahme des Finanzministeriums – Drucksache 13/2090 – Entbürokratisierung; hier: Bereich der Kraftfahrzeugsteuer	4
3. Zu dem Antrag der Abg. Claus Schmiedel u. a. SPD und der Stellungnahme des Finanzministeriums – Drucksache 13/2143 – Vorschläge des Wirtschaftsministers zum Abbau von Subventionen in Baden-Württemberg	5
4. Zu dem Antrag der Abg. Rolf Gaßmann u. a. SPD und der Stellungnahme des Finanzministeriums – Drucksache 13/2162 – Erhalt der landeseigenen Lusthausruine im Stuttgarter Schlossgarten	6
5. Zu dem Antrag der Abg. Herbert Moser u. a. SPD und der Stellungnahme des Finanzministeriums – Drucksache 13/2166 – Auswirkungen des Zinsabschlagssteuersatzes und der Amnestieregelungen für die Schwarzgeldrückführung aus dem Ausland	6
Beschlussempfehlungen des Wirtschaftsausschusses	
6. Zu dem Antrag der Abg. Peter Hauk u. a. CDU und der Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Drucksache 13/1804 – Rot-grüner Ausstieg aus der Kernkraft und Folgen für Obrigheim und die Region	8
7. Zu dem Antrag der Abg. Rolf Gaßmann u. a. SPD und der Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Drucksache 13/2097 – Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die Wohnungsnachfrage in Baden-Württemberg	8
8. Zu dem Antrag der Abg. Dr. Carmina Brenner u. a. CDU und der Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Drucksache 13/2128 – Novellierung der Versammlungsstättenverordnung	9
9. Zu dem Antrag der Abg. Claus Schmiedel u. a. SPD und der Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Drucksache 13/2357 – Rückzug der Landesregierung aus der Messförderung	11
Beschlussempfehlungen des Innenausschusses	
10. Zu dem Antrag der Fraktion der SPD und der Stellungnahme des Innenministeriums – Drucksache 13/1090 – Konzept zur Verbesserung der Situation der Polizei, des Verfassungsschutzes, des Katastrophenschutzes und der Justiz in Baden-Württemberg	13

Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses

1. Zu dem Antrag der Abg. Michael Theurer u. a. FDP/DVP und der Stellungnahme des Staatsministeriums – Drucksache 13/2262 – Eurodistrikt Straßburg/Kehl

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,
den Antrag der Abg. Michael Theurer u. a. FDP/DVP – Drucksache 13/2262 – für erledigt zu erklären.

23. 10. 2003

Der Berichterstatter: Der Vorsitzende:
Stickelberger Herrmann

Bericht

Der Ständige Ausschuss behandelte den Antrag Drucksache 13/2262 in seiner 19. Sitzung am 23. Oktober 2003.

Der Erstunterzeichner des Antrags erklärte, er finde das Projekt „Eurodistrikt Straßburg/Kehl“ sehr interessant. Dieses werde von der FDP auf Bundes- und Landesebene unterstützt.

Mit dem Eurodistrikt sei ein grenzüberschreitender, im Grunde ein virtueller Landkreis geplant. Deshalb frage er, ob schon abzusehen sei, dass sich daraus wirklich eine Einheit bilden lasse, oder ob das immer ein Zwitter bleiben müsse. Das Besondere an diesem Eurodistrikt sei, dass hier nicht eine Landesgrenze, sondern eine Staatsgrenze durchlässig gemacht werden solle.

Der Eurodistrikt stelle eine Maßnahme dar, den Standort Straßburg als Sitz europäischer Institutionen zu stärken. Dies liege wegen der räumlichen Nähe auch im Interesse Baden-Württembergs. Die Frage sei, ob die Landesregierung darüber hinaus Möglichkeiten sehe, den Europastandort Straßburg zu stärken.

Der Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten berichtete, Baden-Württemberg habe sich bei den Beratungen des Europäischen Konvents sehr für die Beibehaltung der beiden europäischen Hauptstädte Straßburg und Brüssel eingesetzt. Die Anbindung des TGV-Est über Straßburg hinaus an das deutsche Hochgeschwindigkeitsnetz, die Flughafenanbindung Straßburgs und die Einbeziehung Straßburgs in die Bewerbung Karlsruhes um die Kulturhauptstadt Europas 2010 stärkten den Standort Straßburg. Alles, was vonseiten des Landes Baden-Württemberg – Landtag, Landesregierung, Oberrheinkonferenz, Oberrheinrat, grenzüberschreitende Zusammenarbeit – für Straßburg getan werden könne, geschehe auch.

Er warne vor zuviel Euphorie hinsichtlich des Eurodistrikts Straßburg/Kehl. Er sehe noch nicht als Ergebnis eine grenzüberschreitende Gebietskörperschaft. Ausgangspunkt der Zusammenarbeit scheine jetzt ein kommunaler Zweckverband über den Rhein hinweg zu werden. Dieser kommunale Zweckverband könnte sich dann im Laufe der Zeit zu mehr entwickeln.

Beide Seiten hätten vereinbart, jeweils eine Liste prioritärer Projekte zu erstellen, sich diese Listen gegenseitig zu übergeben und bis Dezember 2003 die wesentlichen Elemente einer Zweck-

verbandssatzung zu erarbeiten, um bei der Eröffnung der gemeinsamen Gartenschau Straßburg/Kehl im Frühjahr 2004 die Gründung des Zweckverbandes präsentieren zu können.

Die französische Seite habe mittlerweile ihre Prioritätenliste für den Eurodistrikt übergeben: Förderung der Zweisprachigkeit, Verbesserungen im Post- und Telekommunikationswesen einschließlich einheitlicher Gebühren, Schaffung gemeinsamer Freizeiteinrichtungen, Fusion der Rheinhäfen Straßburg und Kehl, Verknüpfung des TGV mit dem ICE. Gegen die Fusion der beiden Rheinhäfen bestünden auf deutscher Seite Vorbehalte.

Der Eurodistrikt Straßburg/Kehl werde nicht, wie sich manche am Anfang vorgestellt hätten, ein europäischer Hauptstadtbezirk, vergleichbar Washington DC, herausgelöst aus den Staaten Bundesrepublik Deutschland und Frankreich, werden, sondern eher ein binationaler, von den Kommunen und Kreisen der Region getragener Zweckverband. Dies würde er, schloss der Minister, allerdings auch schon als großen Fortschritt für die Zusammenarbeit am Oberrhein betrachten. Er sei gern bereit, über den Fortgang der Überlegungen zu berichten.

Der Ausschuss kam einvernehmlich zu der Beschlussempfehlung, den Antrag für erledigt zu erklären.

29. 10. 2003

Berichterstatter:
Stickelberger